auch die Gegensätze unter den Gruppen im Lager des Bürgertums verschärft. Wie die Praxis beweist, stehen alle die Parteien auf dem Boden des Kapitalismus, seines „Rechts" seiner Völkerpolitik, seiner Volkswirtschaft. Mit dem guten Zureden, daß sie so gut wie wertlos sind, da sie nicht genügend Abgeordnete erhalten, wird man diese Parteien nicht beseitigen.

Es handelt sich hier um eine historische, aus den Wirrnissen des Zerfalls des Kapitalismus geborene Erscheinung. Die Konzentration des Trustkapitals, die die in den Splitterparteien auftretenden Gruppen vernichtend anfaßt, bringt diese Gruppen in Gegensatz zu den Großkapitalisten. Die Furcht vor der revolutionären Arbeiterbewegung schmeißt diese Gruppen immer wieder mit den Großkapitalisten zusammen. Das bedeutet aber nicht, daß sie bei einigen wenigen Fragen gegen die Großbourgeoisie stehen. So fliegen diese Gruppen, getrieben von der Vernichtungsoffensive des Trustkapitals und der Furcht vor der Revolution der Arbeiter ständig hin und her. Zum Teil sind diese Splitterparteien unter der direkten Förderung der Deutschnationalen und der Volkspartei entstanden.

Diese Parteien begünstigten die Gruppen, um ein Abwandern der von diesen vertretenen sozialen Schichten nach links zu verhindern. Wenn jetzt die großbürgerlichen Parteien versuchen, diese Gruppen zu liquidieren, so deswegen, weil die Politik dieser Parteichen nicht ganz den Erwartungen entsprach, die man daran geknüpft hatte. Anderseits hat die von diesen betriebene Politik die Splitterparteichen genug kompromittiert, so daß sie schon große Teile ihrer Wähler verlieren. Damit werden sie aber nur zu stärkeren Hemmnissen für die Großkapitalisten.

Die Ueberwindung dieser Splitterparteien wird von der wachsenden Erkenntnis der Wählergruppen dieser Parteien abhängen. Diese Erkenntnis aber wird den Trustkapitalisten gefährlich. Deswegen Maßnahmen.

Die Forderungen der Kapitalisten nach Verschlechterung des Wahlrechts richten sich nicht gegen die Splitterparteien, sondern gegen den Radikalisierungsprozeß, der, wie im Lager der Arbeiter, auch wieder im Lager der Kleinbürger eingesetzt hat. Hinter dem Geschrei gegen die Splitterparteien verbirgt sich der schrittweise Vormarsch der deutschen Kapitalisten zur Diktatur.

Die Haltung der SPD unterstützt diesen Weg der Kapitalisten. Die Sozialdemokraten möchten aber die Legalität und die Sitze im Parlament auch unter einer schärferen Diktatur erkaufen. Sie möchten nicht eine so „widerliche" Erscheinung" wie den italienischen Faschismus. Das heißt, sie möchten als SPD nicht aus den Parlamenten herausgeworfen werden. Das ist der Sinn der sozialdemokratischen Stellung zum Wahlrechtsraub. Zu jeder Schandtat bereit, wenn sie nur selber die Positionen halten.

Die Masse der deutschen Arbeiter empfindet, wohin der Weg der deutschen Bourgeoisie geht. Deswegen wagt auch Bernstein noch nicht offen auf die Plattform der Kapitalisten zu treten. Er macht deswegen den Vorschlag, das Wahlrecht jetzt noch nicht anzutasten, aber **durch eine weitere Verschlechterung der Geschäftsordnung den Reichstag zu kastrieren.**

Das Ideal des Bernsteinschen Parlamentarismus ist also ein Parlament, in dem die wirkliche Opposition nichts zu sagen hat. Abgeordnete mit Maulkorb.

Das ist eine Analogie zu dem italienischen Parlament, in dem nur Faschisten sitzen dürfen. Bis zu diesem System ist dann kein großer Schritt mehr. Die demagogische Gaunerei, die aus der von Bernstein vertretenen SPD-Linie zum Wahlrecht vertreten wird, bedeutet nichts anderes, als wie der Bourgeoisie den sozialdemokratischen Weg zu ihrem Ziel vorschlagen. Die SPD zeigt der Bourgeoisie, wie sie den Widerstand der Massen umgehen soll.

Die sich verschärfenden Klassengegensätze verringern die Möglichkeiten des Ausgleiches zwischen den Klassen aber immer mehr. Es gibt keinen dauernden Friedenszustand zwischen Arbeiter und Kapitalisten. Deswegen ist die SPD-Politik Hilfe für das Kapital.

Die Arbeiter müssen den Kampf gegen jeden weiteren Vorstoß der Bourgeoisie mit aller Entschiedenheit führen.

Dem Verdienst seine Krone

Der ASP-Minister Hermann Müller zum Oberregierungsrat ernannt!

Wie die L. N. N. mitteilen, ist der ehemalige ASP-Minister Hermann Müller (Leipzig) mit dem 1. Januar 1928 zum Oberregierungsrat in der Landesversicherungsanstalt ernannt worden.

Diese neue Ernennung eines getreuen Dieners der Bourgeoisie zeigt wieder einmal die Korruption im Lager des Bürgertums. Für den Verrat an der Arbeiterschaft erhält man eine Stelle im Staatsapparat. Vor wenigen Tagen hat die sächsische Regierung die Denkschrift über die Verwaltungsreform herausgegeben. In dieser Denkschrift wird den unteren Beamten der Abbau angekündigt. Die Renegaten erhalten zur Belohnung für ihre Tätigkeit besondere Posten zugeschanzt.

Fumetti rettet die Ehre der Wunder-Therese

Eine Anzahl Zeitungen hatte vor einiger Zeit eine Notiz veröffentlicht, in der mitgeteilt wurde, daß Therese schon ein Kind gehabt. Die Mutter der Therese hatte gegen die SAZ, unser Leipziger Bruderorgan, Strafantrag gefordert. Der Staatsanwalt lehnte die Einleitung eines Verfahrens ab; da es nicht im öffentlichen Interesse liege. Wie wir erfahren, hat dann der Bischof von Regensburg eingegriffen und die Aufnahme des Verfahrens gefordert. Das sächsische Justizministerium hat darauf den Staatsanwalt angewiesen, das Strafverfahren einzuleiten.

Herr von Fumetti, der Aufwertlerminister und Privatdozent der Jura will wahrscheinlich zeigen, daß das sächsische Justizministerium sich keineswegs über das Mittelalter erhebt. Es ist ein bezeichnendes Bild für die Verhältnisse in Sachsen, daß der Aufwertungsminister die Unschuld des Wundermädchens von Konnersreuth als im öffentlichen Interesse liegend zu verteidigen gedenkt.

Unternehmerterror im Ruhrgebiet

In welch rücksichtsloser Weise die Großeisen- und Stahlindustriellen nicht nur den Schiedsspruch des Bürgerblockministers Brauns sich zunutze machen, sondern darüber hinaus jeden Widerstand der Arbeiterschaft, die durch den DMV und die christlichen Gewerkschaften nur in schwacher Weise unterstützt wird, durch schärfsten Unternehmerterror zu brechen versuchen, zeigt folgende Meldung aus Düsseldorf:

Düsseldorf, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Mittwoch nachmittag kurz vor Arbeitsschluß erhielt in Düsseldorf eine Abteilung der Klöcknerwerke, 100 Walzwerk- und Stahlwerkarbeiter, ihre sofortige Entlassung mitgeteilt. Die Direktion beruft sich hierbei auf die bereits vor Weihnachten aus Anlaß des bevorstehenden Kampfes in der nordwestlichen Metallgruppe angemeldeten Kündigungen.

Die Gewerkschaftsinstanzen stellten sich auf den Standpunkt, **daß nach Inkrafttreten des verbindlich erklärten Schiedsspruches** auch diese Kündigungen der Arbeiter als zurückgezogen zu betrachten seien. Daß jetzt diese Entlassungen bei Klöckner erfolgen, steht im Zusammenhang mit dem Urteil des Bochumer Arbeitsgerichtes über die Arbeitszeitfrage für die Stahlwerk- und Walzwerkarbeiter.

Diese neue Offensive der „christlichen" Zentrumskapitalisten vom Schlage Klöckner gibt der gesamten Metallarbeiterschaft die eindringliche Lehre, daß es ein Fehler ist, sich auf die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte und die falschen Versprechungen der Reformisten zu verlassen, sondern daß sie sich nur auf ihre eigene Kraft und auf den rücksichtslosen Kampf gegen das Trustkapital verlassen können.

Einigung zum Angriff auf die Volksschule

Nachdem die Rote Fahne die geheimen Verhandlungen zwischen Zentrum und Deutschnationalen über die Durchpeitschung des Reichsschulgesetzes enthüllte und auch das Einschwenken der Deutschen Volkspartei klarstellte, muß nun auch die bürgerliche Krisenmacherpresse diese Tatsache zugeben.

Die gestrige Abend-Vossische bringt einen Leitartikel mit der Ueberschrift „Rettungsaktion für das Reichsschulgesetz". Dort heißt es u. a.:

„Ein kleiner Ausschuß der Regierungskoalition — jede Partei durch einen Vertrauensmann vertreten — ist jetzt an der Arbeit, als Eisbrecher für den Keudellschen Schulgesetzentwurf zu wirken . . .

Im Dezember ging der Streit um die Frage der Aufsicht über den Religionsunterricht. Nach dem Entwurf der Regierung soll die Einsichtnahme in den Religionsunterricht den obersten Kirchenbehörden zustehen, die dieses Recht auf untergeordnete Organe übertragen können. Diese Bestimmung des Entwurfes ist nicht nur von der Opposition, sondern auch von der Deutschen Volkspartei bekämpft worden mit dem Argument, daß sie praktisch auf eine Beaufsichtigung des Schulunterrichts durch den Ortsgeistlichen hinauslaufen würde. So war die Bestimmung auch sicherlich gemeint. Eine Verständigung zwischen den Koalitionsparteien wurde nicht erreicht. Es tauchte u. a. der Vorschlag auf, die Frage des Religionsunterrichts und seine Beaufsichtigung in einem besonderen Gesetz zu regeln. Wie schon mehrfach bei früheren Anlässen ist vom Zentrum wiederum erklärt worden, daß mit dem Schulgesetz die gegenwärtige Koalition stehe und falle.

Jetzt soll durch einen kleinen Ausschuß die Vorarbeit für ein Kompromiß getan werden. Man wird dabei so tun, als handele es sich wirklich nur um die Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes. Aber die Auguren, die sich ereifern, wissen genau, daß die Entscheidung, ob das Schulgesetz in diesem Reichstage zustande kommt oder nicht, von ganz anderen politischen Voraussetzungen abhängt."

Dann muß die Vossische Zeitung klipp und klar eingestehen, daß alles Gerede über den scharfen Widerstand der Deutschen Volkspartei gegen das Schulgesetz nicht zutrifft, sondern daß die entscheidenden Kreise der Deutschen Volkspartei entschlossen sind, den jetzigen Reichstag und die Bürgerblockregierung zusammenzuhalten und das Schulgesetz mit den Koalitionspartnern gemeinsam durchzupeitschen. Schamhaft schreibt die Vossische Ztg.:

„Bei der Verschiedenheit und den wechselnden Strömungen innerhalb der Deutschen Volkspartei ist es durchaus möglich, daß jetzt die für die Verwirklichung des Schulgesetzes die stärkste ist."

Damit erhalten also die „Krisenmacher" im Vorwärts und im Sozialdemokratischen Parteivorstand eine klatschende Ohrfeige und sämtliche SPD-Parolen über das auf Grund des Reichsschulgesetzes bevorstehende Auseinanderfliegen der Bürgerblockregierung erweisen sich als ein glatter Schwindel, der die Arbeiterschaft beruhigen und dem Bürgerblock in die Hände arbeiten sollte.

Der Blutrichter geht

Niedners Pensionsgesuch

Der Fluch Millionen ehrlicher Arbeiter klang Tag um Tag gegen die Bastille der deutschen Justiz in Leipzig. Der Senatspräsident des Staatsgerichtshofes, Herr Niedner, der zu Anfang der Revolution sein reformerisches Herz entdeckte, der dann zu dem berüchtigten Blutrichter wurde, den die letzte Zeit in Deutschland sah, der Tausende revolutionärer Arbeiter unschuldig verurteilen ließ, der die Faschisten beschützte, will sein Henkeramt verlassen. Kurz vor Weihnachten hat Niedner sein Abschiedsgesuch eingereicht. Die gegen ihn geführten Angriffe haben seine Gesundheit erschüttert. Von den eventuellen Wirkungen des Alkohols, dem Niedner sehr reichlich zugesprochen, schweigt er sich aus. Zwei Jahre, bevor er die Altersgrenze erreicht, verläßt er sein Henkeramt gegen das revolutionäre Proletariat.

Ob die schlechte Behandlung durch den Reichstag — Niedner schnappte bei der Gehaltserhöhung für die Beamten „nur" 1000 Mark mehr im Jahr — zu dem Abschied beigetragen, bleibt auch unerwähnt.

Als Nachfolger für Niedner werden sein Stellvertreter Lorenz und der ehemalige sächsische Justizminister Bünger, sowie der Präsident des 5. Strafsenats Reichert genannt.

Der Blutrichter geht, der Senat bleibt. Die Ausnahmejustiz, die zur Verschärfung der Klassenjustiz gegen die Arbeiter besonders geschaffen wurde, bleibt bestehen.

Ganz gleich wer präsidiert, der Rachefeldzug gegen revolutionäre Proleten bleibt derselbe. Der Abgang Niedners muß ein weiterer Ansporn zum Kampf gegen die Klassenjustiz sein.

Geht Niedner, wie er sagt, wegen der politischen Angriffe gegen ihn, dann hat der Kampf des Proletariats einen Erfolg gezeitigt, der Ansporn zum weiteren Kampfe sein muß.

Niednerurteile gegen Klassenkämpfer

Ein Jahr Zuchthaus wegen Waffenbesitz

Leipzig, 5. Januar (Eigene Drahtmeldung).

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Genossen Vollmann aus Mecklenburg, der sich bereits seit längerer Zeit in Strafhaft befindet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Zusatzstrafe von 1 Jahr Zuchthaus und 150 RM Geldstrafe. Er sollte im Jahre 1923 in Güstrow bei Mecklenburg Waffen und Sprengstoff besessen haben.

Die Warschauer Regierung „dementiert" die Waffensendung

Die deutschen Imperialisten wittern Morgenluft

Berlin, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie aus Warschau berichtet wird, hat die polnische Regierung eine offizielle Erklärung herausgegeben, nach der die von der ungarischen Regierung aufgestellte Behauptung, daß die von Mussolini abgesandten Waffensendungen nach Ungarn für eine polnische Adresse bestimmt gewesen seien, frei erfunden sei.

Angesichts der eifrigen Aufrüstung Horthy-Ungarns durch Italien unter Duldung Englands wittern auch die deutschen Imperialisten Morgenluft. So schreibt die Deutsche Tageszeitung mit dreister Offenheit:

„Wir halten es angesichts der Beziehungen zwischen Ungarn und Italien natürlich für möglich, daß geheime ungarisch-italienische Abschlüsse vorliegen. Ist es nicht einfach Pflicht der ungarischen Regierung, zuzugreifen, wenn der frühere Feind einem so schwer bedrohten Land die Möglichkeit bietet, seine mehr als lückenhafte Verteidigungskraft zu stärken?"

Wir kündeten schon gestern an, daß nun das Dementi der polnischen Regierung fällig sei. Heute erfolgt dies prompt. Keine der Banditenregierungen, die gegen die Sowjetunion und die Arbeiter rüsten, will nun etwas mit dem aufgeflogenen Transport zu tun haben. Wir stellten aber auch schon gestern fest, daß es den Arbeitern gleichgültig sein kann, welche Bande die Waffen erhalten sollte. Die Tatsache des Waffentransportes zeigt den Arbeitern deutlich genug wenigstens das eine, daß trotz aller Reden über Abrüstung die Regierungen feste aufrüsten und sich für den Krieg vorbereiten.

Die Bemerkungen der Deutschen Tageszeitung zeigen, daß die deutschen Imperialisten im Bunde der Aufrüstler stehen. Sie erklären offen, jede Möglichkeit der geheimen Aufrüstung zu begrüßen. Vorbereitungen zum neuen Krieg: das sind die Arbeiten aller kapitalistischen Regierungen. Die Abrüstungskomödien sind nur Geschwätz, um die Arbeiter zu täuschen. Immer und immer wieder werden unsere Feststellungen über die Kriegsvorbereitungen bestätigt. Die SPD-Presse täuscht die Arbeiter aber ständig noch über diese Tatsache hinweg und stellt sich auf die Seite der Imperialisten.

Großfeuer

In den Häusern Lange Brücke 33 und 34 in Erfurt brach ein Großfeuer aus. Der Dachstuhl der Häuser wurde vollständig vernichtet. Die Hydranten waren wegen der starken Kälte eingefroren. Deswegen konnten die Löscharbeiten nur sehr langsam und mit Hindernissen durchgeführt werden. Die Straßenbahn wurde unterbrochen. Der Brandschaden ist sehr bedeutend.

*

Die Rache eines Abgewiesenen

TU. Nürnberg, 3. Januar. Heute früh hat sich hier eine schwere Bluttat ereignet. Eine Kellnerin wurde von einem Angetrunkenen wider ihren Willen heimbegleitet. Als der Mann schließlich vor dem Wohnhause des Mädchens zudringlich werden wollte, wehrte ihn diese ab, worauf der Abgewiesene einen Revolver zog und das Mädchen durch einen Schuß schwer verletzte. Hierauf richtete der Täter die Waffe gegen sich selbst und erschoß sich.

Wetterdienst für den 5. und 6. Januar: Wechselhafte Witterung, teils stark, teils nur leicht bewölkt, vereinzelt noch Regenschauer. Temperaturen im Flachland einige Grad über Null. Frostgrenze im Gebirge etwa zwischen 400 und 800 Meter zunehmend. Ziemlich lebhafte Luftbewegung **westlicher Richtungen.**

Ausschluß aus dem ZK der KPdSU

Moskau, den 2. Januar 1928.

Entsprechend dem Beschluß der kommunistischen Fraktion des Präsidiums des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion beschloß das Präsidium in seiner am 31. Dezember 1927 abgehaltenen Sitzung einstimmig, folgende Mitglieder und Kandidaten des Zentralexekutivkomitees auszuschließen: Beloborodow, Sinowjew, Ischtschenko, Kamenew, Rakowski, Smirnow, Trotzki und Kasparowa.

Der Beschluß der kommunistischen Fraktion, der vom Präsidium angenommen wurde, weist darauf hin, daß die Genannten wegen einer Reihe von partei- und sowjetfeindlichen Handlungen aus der KPdSU ausgeschlossen wurden.

*

Die nationalistische „Internationale"

Moskau, den 2. Januar 1928

Die Prawda hebt bei einer Besprechung des Parteitages der Sozialistischen Partei Frankreichs hervor, daß der Parteitag in klarer Weise die Gegensätze innerhalb der 2. Internationale, deren Parteien einander in Opportunismus und nationalistischer Einstellung übertreffen wollen, gezeigt hat. Auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs haben sich der engstirnige Nationalismus und Chauvinismus der französischen Sozialdemokratie offenbart. Wie die Rede Paul-Boncours beweist, stellen sich die französischen Sozialdemokraten in den Fragen der Räumung des Rheinlands und der Reparationen auf die Seite ihres eigenen Kapitalismus, was sie natürlich in Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie bringt.

In bezug auf die Innenpolitik hat sich die Sozialistische Partei Frankreichs als eine reine kleinbürgerlich-radikale Partei gezeigt, die die Einheitsfront der Arbeiterklasse ablehnt und für den Block mit der linken Bourgeoisie eintritt. Von der alten Forderung nach Besteuerung des Kapitals war auf dem Parteitag kein Wort zu hören; statt dessen tritt die Partei für die Stabilisierung und Erstarkung des Kapitalismus und für die Niederhaltung der Arbeiterklasse ein.

Bei einer solchen Einstellung ist es klar, welchen Wert man den Phrasen der französischen Sozialdemokraten über die internationale Demokratie als eine Garantie des Weltfriedens beimessen kann, da sie doch nach wie vor Poincaré, d. h. also den Krieg, unterstützen.

Ueberschwemmungen in London

Durch das plötzlich einsetzende Tauwetter ist Londons Umgebung vollständig überschwemmt. Die Morgenblätter melden hierzu:

London ist fast von allen Seiten von riesigen Seen und Teichen umgeben. In vielen Londoner Vororten steht das Wasser fusshoch in allen Straßen, auf denen man nur mit dem Kahn verkehren kann, während in anderen Straßen Pferde mit Karren umherirren. Automobile sind längst von der Bildfläche verschwunden. Viele kleine und sonst immer friedlich dahinfließende Bäche haben sich in wilde Ströme verwandelt und ihre Ufer überschritten. Andere sind in Teichen und Seen verschwunden. **Aus vielen Häuser mußten die Bewohner im Kahne gerettet werden,** weil befürchtet wurde, daß die Häuser einstürzten. In den einzelnen Vororten wohnen so ziemlich alle Familien ausschließlich in den oberen Stockwerken.

Die Eisenbahndämme sind vielfach stark beschädigt, und der **Eisenbahnverkehr kann nur teilweise aufrechterhalten werden.** Auf der Linie von London nach Cambridge wurde heute nachmittag eine Eisenbahnbrücke von den Fluten fortgerissen, nachdem wenige Minuten vorher noch ein Zug darüber gefahren war. Die Linie ist gegenwärtig vollständig blockiert. Andere Eisenbahnlinien sind infolge von Dammrutschen unbrauchbar geworden. Die Schienen liegen auf vielen Strecken einen bis zwei Fuß tief unter Wasser, wodurch der Verkehr aber vorläufig noch nicht gestört worden ist. Einige Kilometer oberhalb Londons, bei Kingston, wurden einige mit Holz beladene Kähne abgetrieben. Sie rissen zwei Dampfer und 24 schwerbeladene Kähne von ihren Lagerplätzen los, und alle diese Fahrzeuge rasten die Themse hinab. Schließlich gelang es aber, die Kähne bei den großen Schleusen von Teddington in einen Nebenarm der Themse zu leiten, wo sie gegen eine Insel getrieben werden konnten. **Sieben von den Kähnen sind unterwegs gesunken.**

SLUB
Wir führen Wissen.